

Inhaltsverzeichnis

Teil 1 – Einleitung und Gang der Untersuchung	15
A. Wahrnehmung der Rolle von Gleichstellungsbeauftragten	18
B. Stand der Diskussion	22
C. Forschungsfrage, Methode und Gang der Untersuchung	24
I. Begriff der Verwaltungswissenschaft und Methode	25
II. Gang der Untersuchung	27
Teil 2 – Verfassungsrechtliche Implikationen	29
A. Art. 3 Abs. 2 GG	29
B. Art. 33 Abs. 2 GG	34
I. Zugangsbeschränkung auf weibliche Beschäftigte	35
1. Vorliegen einer Ungleichbehandlung	36
2. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	38
3. Stellungnahme	41
II. Beschränkung des aktiven Wahlrechts auf weibliche Beschäftigte	42
C. Zusammenfassung und Schlussfolgerung	44
Teil 3 – Verwaltungsorganisationsrechtliche Implikationen	47
A. Verwaltungsorganisationsrechtliche Betrachtung von Beauftragten	50
I. Beauftragte der Exekutive	51
II. Beauftragtenbegriff	53
III. Schlussfolgerung	55
B. Gleichstellungsbeauftragte als Organisationsfigur	57
I. Gleichstellungsbeauftragte als Beauftragtentypus	57
II. Verwaltungsorganisatorische Rahmenbedingungen	59
III. Gleichstellungsbeauftragte im Organisationsplan	67
C. Zusammenfassung und Schlussfolgerung	69

Teil 4 – Dienstliche Stellung der Gleichstellungsbeauftragten	71
A. Anbindung an die Dienststellenverwaltung	71
B. Weisungsfreiheit	76
I. Weisungsfreiheit in organisatorischer Hinsicht	77
II. Weisungsfreiheit in fachlich-inhaltlicher Hinsicht	78
III. Rechtsaufsicht	79
IV. Fragen der Verantwortung	81
V. Zusammenfassung und Schlussfolgerung	83
C. Bestellungsverfahren	84
I. Gesetzliche Vorgaben	85
II. Bestellungsmodalitäten	87
1. Bestellungsmodell	88
2. Wahlmodell	90
3. Mischmodell	93
III. Schlussfolgerung	93
D. Dienstliche Tätigkeit	95
E. Zusammenfassung und Schlussfolgerung	97
Teil 5 – Funktionale Stellung der Gleichstellungsbeauftragten	100
A. Gesetzliche Aufgabenzuweisung	100
B. Funktionen im Einzelnen	103
I. Förderfunktion	103
II. Überwachungs- und Kontrollfunktion	104
III. Unterstützungsfunction	107
1. Beratung bei Personalvorgängen	108
2. Akzeptanzschaffung	109
3. Sexuelle Belästigung	110
4. Gleichstellungsplan	113
a. Rechtsnatur und Bindungswirkung des Gleichstellungsplans	113
b. Mitarbeit der Gleichstellungsbeauftragten	117
5. Zusammenfassung und Schlussfolgerung	118
IV. Beratungsfunktion	119
1. Vertrauensstellung	123
2. Informationsfunktion	125
3. Sexuelle Belästigung	126
4. Unterstützung bei sonstigen individuellen Anliegen	129

5. Zusammenfassung und Schlussfolgerung	130
V. Interessenvertretungsfunktion	132
VI. Initiativfunktion	139
VII. Beteiligungs- und Mitwirkungsfunktion	140
VIII. Kooperationsgebot	142
C. Typologisierung der Funktionen	143
I. Typ 1: Personenbezogene Funktionen	143
II. Typ 2: Verwaltungsbezogene Funktionen	145
III. Typ 3: Personen- und verwaltungsbezogene Funktionen	146
Teil 6 – Rechte der Gleichstellungsbeauftragten	148
A. Beteiligungsrechte	148
I. Beteiligung, Mitwirkung und Mitbestimmung	150
II. Sexuelle Belästigung	157
III. Personelle Einzelmaßnahmen	157
IV. Gleichstellungsplan und Personalmanagement	159
V. Schlussfolgerung	161
B. Vortragsrecht	164
C. Initiativrecht	167
D. Teilnahmerecht	169
E. Sprechstunde und Personalversammlung	172
F. Informationsrechte	173
I. Anspruch auf Vorlage und Begriff der Erforderlichkeit	176
II. Auskunftserteilung	179
III. Einsicht in die Personalakte	179
IV. Zusammenfassung und Schlussfolgerung	185
G. Rechte auf Schutz und Ressourcen	188
I. Schutzrechte	189
II. Dienstbefreiung	191
III. Ausstattung	196
IV. Zusammenfassung und Schlussfolgerung	198
H. Schlussfolgerung	201
Teil 7 – Konfliktlösungs- und Rechtsdurchsetzungsinstrumente	203
A. Beanstandungsrechte	203
I. Kontrolle bezüglich des Gleichstellungsplans	204

II. Verteidigung der organschaftlichen Rechtsposition	205
III. Verstöße gegen sonstiges Gleichstellungsrecht	206
IV. Zusammenfassung und Schlussfolgerung	208
B. Außergerichtlicher Einigungsversuch	215
I. Zweck des außergerichtlichen Einigungsversuches	215
II. Rolle der Gleichstellungsbeauftragten	217
C. Klagerechte und gerichtliches Verfahren	218
I. Klagebefugnis ohne ausdrückliche Normierung: Argumentationslinien	218
II. Ausgestaltung der Klagerechte in BGleG und LGG	221
1. Kontrolle bezüglich des Gleichstellungsplans	223
2. Verteidigung der organschaftlichen Rechtsposition	224
3. Verstöße gegen sonstiges Gleichstellungsrecht	227
III. Implikationen verwaltungsprozessualer Normen	228
1. Verwaltungsgerichtlicher Organstreit	228
2. Bestimmung der statthaften Klageart	230
3. Beanstandungsklage	232
4. Beteiligenfähigkeit und Bestimmung der Klagegegnerin	233
IV. Schlussfolgerungen	237
D. Zusammenfassung und Schlussfolgerung	240
Teil 8 – Organstellung der Gleichstellungsbeauftragten	242
A. Organ im funktionalen Sinne und Organrechte	243
I. Begriffsklärung	243
1. Organ und Kontrastorgan	244
2. Organwalterin	246
3. Organrechte	246
II. Gleichstellungsbeauftragte als (Kontrast-)Organ	247
III. Ergebnis	250
B. Konzept des Quasi-Organs	250
C. Ergebnis	251
Teil 9 – Mögliche Verortungsansätze	253
A. Interessen- bzw. Personalvertretung	253
I. Vergleich zur Personalvertretung	255

II. Argumentationslinien in Rechtsprechung und Literatur	260
1. Argumentationslinien für eine Einordnung als Interessenvertreterin	260
2. Argumentationslinien gegen eine Einordnung als Interessenvertreterin	262
III. Zusammenfassung und Schlussfolgerung	266
B. Institutionalisierte Selbstkontrolle	266
I. Vergleich zur Datenschutzbeauftragten	268
II. Zusammenfassung und Schlussfolgerung	273
C. Zusammenfassung und Schlussfolgerung	273
Teil 10 – Abschließende Standortbestimmung: Selbstkontrollorgan sui generis	275
Literaturverzeichnis	279